

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dorothee Menzner, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 17/11822, 17/12537 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung der Schachtanlage Asse II

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Artikel 1 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Alle beteiligten Behörden sind besonders verpflichtet, Verwaltungsverfahren einfach, zweckmäßig und zügig durchzuführen und zur Verfahrensbeschleunigung beizutragen.“

Berlin, den 26. Februar 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Dem Gesetzentwurf liegt das Bestreben zu Grunde, die Verfahren zur Vorbereitung oder Durchführung der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II insbesondere auf behördlicher Ebene zu beschleunigen. Die Einfügung dient dem Zweck, auch Fachbehörden in Verfahren ohne Konzentrationswirkung zu einer besonderen Unterstützung der Verfahren anzuhalten.

